

Gewehr bei Fuß! Taschen zu!

Einen im „Tag“ erschienenen Artikel mit der Überschrift „Ein Ostergruß an das deutsche Volk“ schloß der Präsident des Deutschen Reichstags, Graf von Schwerin-Löwiß, nachdem er treffend die glänzende wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung unseres Volks und sein Vorwärtsschreiten im internationalen Wettbewerb gekennzeichnet hatte, mit den Sätzen: „Es gibt keine Vollkommenheit. Und darum werden wir auch im Deutschen Reich wohl niemals mit allem zufrieden sein können. Dennoch wirkt nichts auf die Vaterlandsliebe so tödend und erscheint mir daher vom vaterländischen Standpunkt aus auch nichts so verwerflich, wie das fortwährende Schüren unbegründeter Unzufriedenheit zu parteipolitischen Zwecken. Eine solche Spekulation auf seine Unzufriedenheit, die ihm die Freude am Vaterland raubt, sollte sich das deutsche Volk endlich einmal gründlich verbitten.“

Dieser Mahnruf ist durchaus berechtigt, leider fragt es sich nur, ob er irgendwo in nennenswertem Umfange gewürdigt werden wird. Im Gegenteil, wir können gerade noch seit der Zeit, da jene Sätze geschrieben wurden — Mitte April — ein weiteres Anwachsen der parteipolitischen Agitation bemerken. Sicherlich ist noch nie vor einer Reichstagswahl in Deutschland so energisch agitiert und gewählt worden. Es gibt Parteien, die sich etwas darauf zugute tun, schon jetzt, da noch nicht einmal der ungefähre Zeitpunkt der nächsten Wahlen bekannt ist, mit Rücksicht auf diese in einem einzigen Wahlbezirke viel mehr als hundert Versammlungen abgehalten zu haben. In keiner solchen Versammlung kommt es den Rednern darauf an, das Volk über seine politischen Rechte und Pflichten aufzuklären und ihm staatsbürgerliche Wahrheiten zu sagen; vielmehr handelt es sich nur überall darum, die eigene Partei und ihren Kandidaten zu empfehlen und dafür Stimmen einzufangen, was zunächst mit einer Verunglimpfung oder doch höchst tendentiösen Kritik der Gegenparteien verbunden ist und allermeistens auch mit solchen des Staats und der Regierung. Denn kaum ein einziger Wahlredner ist so staatsmännisch veranlagt, dem Volke klar zu machen, daß der Staat nicht eine uns gegenüberstehende fremde, womöglich feindliche Macht ist, sondern ein Teil von uns selbst, daß Staat und Volk identisch sind. Das staatsbürgerliche Bewußtsein und gesunde Empfinden, welches in der Blütezeit der griechischen Republiken und des Römerreichs deren Bürger beherrschte und beseelte und das Volk zu so epochemachenden und unvergeßlichen Taten und Entbehrungen befähigte, auf kurze Zeit, nämlich zur Zeit der Befreiungskriege, auch einen großen Teil Deutschlands, ist den weitesten Schichten unserer Nation abhanden gekommen, oder es gelang nicht, solches ihnen anzuerziehen. Auf solcher Staats- und Reichsverdrossenheit sucht die parteipolitische Agitation ihre besten Früchte zu ziehen und zu ernten. Die Parteien sind die Arrangeure eines Spieles, zu dem sie die Wählerschaft anstellen, und der Fangball ist der Staat, den jede Partei in ihre Hände bekommen möchte, sei es auch um den Preis eines Eingriffs in seine Qualität.

Daß dieser Sport nach immer schärferen Regeln und unter Aufbietung immer größerer Kräfte betrieben wird, kann nicht wundernehmen. Die Ursache liegt zunächst in der Diätengewährung an die Abgeordneten gegenüber der früheren von Bismarck als Korrelat des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für unbedingt notwendig gehaltenen Diätenlosigkeit. Jeder Vernünftige hat von vornherein gewußt, daß die Einführung der Diäten befähigten, ihr Volk liebenden, aber die pekuniären Lasten des Mandats nicht zu tragen vermögenden Männern den Weg in den Reichstag nicht besser ebnen werde. Es ist durch die Diäten kein Mittelloser mehr in das Parlament gekommen als vorher, insbesondere auch kein praktischer Gewerbetreibender, dem die 3000 Mark ein gerechter Ausgleich

für die durch Ausübung des Mandats entstehenden Opfer und Verluste sein würden. Höchstens hängen solche Leute, ebenso wie Privatangestellte, Schriftsteller u. dergl. im Falle ihrer Wahl ihren Beruf an den Nagel und werden Berufspolitiker, Parteibeamte oder ähnliches. Mit dem Titel „M. d. R.“ auf der Visitenkarte und auf Versammlungs-Ankündigungen verdienen sich leicht noch einige 1000 Mark auf die verschiedenartigste Weise zu den 3000 Mark Diäten dazu und dann lebt sich's im Besitze einer Dauerfahrkarte I. Klasse für ganz Deutschland recht behaglich.

Was Wunder, daß der Kampf um die einzelnen Mandate immer heftiger und gerissener wird! Es handelt sich doch um einen greifbaren Preis; nicht mehr, wie früher, um ein unbesoldetes Ehrenamt, sondern um ein bezahltes Pöstchen, wonach ja in den meisten Ländern, — nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch in Frankreich, Österreich, Italien, Rußland und anderswo — die Sehnsucht der Mehrzahl der Menschen geht. Daher kommt es auch, daß vor jeder Reichstagswahl erkleckliche Tausende biederer Deutscher das Zeug zum Gesetzgeber in sich fühlen und mit ihrer politischen Weisheit hausieren gehen.

Und doch fällt die der Gesamtheit der Abgeordneten gezahlte Vergütung gar nicht in die Wagschale gegenüber den Summen, die sonst in der Wahlagitation in Bewegung geraten und aus den verschiedensten Taschen in die verschiedensten anderen fließen. Jede einzelne Wahl ist heute ein Finanzunternehmen. Wenige Redner produzieren sich in den Wahlversammlungen noch honorarfrei; bekommen sie wirklich Vergütung und Entlohnung nicht immer direkt, so um so höher indirekt. Ein Heer von Parteibeamten, das mit den Angehörigen bequem eine mittelgroße Stadt bevölkern könnte, ist von einer Wahl zur andere tätig und muß seine ständige Existenzberechtigung durch fortwährendes Agitieren nachweisen. Ein noch größeres Heer von Journalisten, Schriftstellern und Redakteuren bearbeitet ebenfalls die Wählerschaft im parteipolitischen Sinne, ohne immer so ehrlich zu sein, das offen einzugestehen. In dem Wust von bedrucktem Papier, das sich in Form von Zeitungen, Broschüren, Flugblättern und Büchern über das Volk ergießt, könnte dieses schier ersticken, und davon lebt der größere Teil des Buchdruckgewerbes mit verwandten Gewerben, ein Teil der Buchhandlungen. Dazu kommen dann die in der Wahlbewegung und im Parteidienste tätigen Hilfs- und Subalternbeamten, Gewerbetreibende, wie Händler mit Schreibmaschinen und Zubehör, Wagen- und Autovermieter, Reiseutensilienhändler, Saalbesitzer und Bierwirte und was sonst noch alles. Die Wahlen sind eben ein Geschäft und für viele, die dabei beteiligt sind, gar kein schlechtes. Dazu gehört Geld und eine Mache, die auch bei uns mehr und mehr amerikanische Formen annimmt und die unsere Wahlen längst der erhebenden, aber auch der naiv-anmutenden Züge früherer Jahrzehnte entkleidet hat. Die Romantik ist dabei so ziemlich in die Brüche gegangen, geblieben und immer mehr gewachsen ist der Kalkül, der jeden gewonnenen Stimmzettel mit jeder verausgabten Mark in Wechselwirkung bringt.

Keine einzige Partei hat heute mehr den Mut, sich auf die Gerechtigkeit ihrer Forderungen und Ziele allein zu verlassen; überall gibt man zu, daß es ohne den großen Geldbeutel nicht abgeht. Der muß von den Anhängern der Partei immer wieder gefüllt werden, damit diejenigen, die von der Politik leben, immer von neuem auf ihre Kosten kommen. Und so gehen die Finanziere der Parteien Jahr für Jahr und Tag für Tag mit dem Klingelbeutel herum. Kein Ende nimmt ihre Erfindungsgabe, wenn es sich um Aufzählung der Gründe handelt, welche es geboten erscheinen lassen, den Parteisäckel zu füllen, um das deutsche Volk vor den schrecklichsten Katastrophen und bösen Angriffen äußerer und innerer Feinde